

„Mittelmeer – Mare Nostrum“

TAGUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN DER PÄPSTLICHEN UNIVERSITÄT GREGORIANA. ROM, 29.10.2009

Die Mittelmeerregion, die in vielerlei Hinsicht eine Wiege der Zivilisation und Kultur war, ist in den letzten Jahrzehnten in eine Randlage geraten; ungelöste Konflikte und das Migrationsphänomen drohen, zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer zu einem neuen Eisernen Vorhang zu führen, diesmal im von den Römern so genannten „Mare nostrum“. Das war der Tenor einer Tagung zum Thema „Mittelmeer – Mare nostrum“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) am 29. Oktober 2009 in Rom veranstaltete. Tagungsort war die Päpstliche Universität Gregoriana in Rom, deren Fakultät für Sozialwissenschaften auch die Schirmherrschaft übernommen hatte.

Der Dekan der Fakultät, Prof. Josip Jelenic SJ, nannte das „Mare nostrum“ in seinem Grußwort „gleichzeitig eine Idee und einen konkreten Ort“. Die Region weise große Unterschiede auf; es gebe „Schönheit und Mangel, Ressourcen und Kargheit“. Der „Norden“ dürfe sich nicht über den „Süden“ erheben, und der Dialog beider Seiten dürfe nicht „auferlegt“ sein, sonst werde er zum Monolog. Was den Mittelmeerraum zu einer Wiege von Wissenschaften, Menschenrechten, Frieden und Religionen gemacht habe, sei „keine statische Realität, sondern eine Dynamik, die keinen Endpunkt hat und die von uns abhängt“; es gelte, „zu unseren Wurzeln zurückzukehren, um die Gegenwart und eine reale Hoffnung in die Zukunft zu leben“. Der Dialog im Mittelmeerraum müsse aus christlicher Sicht vor allem „zur Gewissensbildung der künftigen Politiker beitragen – in der Werte-Erziehung und in der Herausbildung von Kritik- und Entscheidungsfähigkeit“. Ziel sei eine „politische

Kultur im Dienst am Gemeinwohl, die alle Bürger einbezieht“. Dabei komme es entscheidend auf die „Ehrlichkeit und Kohärenz“ von Politikern und Personen des öffentlichen Lebens an: „Ohne Kohärenz im privaten wie im öffentlichen Leben ist es schwierig oder fast unmöglich, auf politischem Feld das Ziel des Guten zu verfolgen.“

Der Leiter der KAS-Rom, Wilhelm Staudacher, ordnete in einigen einleitenden Worten die Mittelmeer-Konferenz in eine römische Reihe von Konferenzen der Stiftung ein, die sich mit europäischen Zukunftsfragen beschäftigen. „Globalisierung ist Realität: Nacht für Nacht „schwemmt“ sie „boat-people“ an Italiens Küste.“ Allzu oft werde Globalisierung nur als wirtschaftliches Phänomen wahrgenommen; dabei sei sie auch „Wettbewerb der Kulturen, Wettbewerb der Werte“, ein „politisch-kultureller Prozess“. „Wenn Europa in der Globalisierung stark sein will, dann muss es auch politisch und kulturell, geistig und spirituell stark sein.“ Für Europa sei das christliche Ethos grundlegend; es dürfe sich keine „Zersplitterung der Werte und des Christlichen“ erlauben, wenn es „global eine Rolle spielen“ wolle. Und es könne den globalen Wettbewerb „nur gemeinsam mit seinen Nachbarn meistern“, also mit den Mittelmeeranrainern; dazu müsse man „das Mittelmeer neu denken“, so Staudacher. Die Tatsache, „dass es den *Homo Mediterraneus* schon einmal gab“, könne aus seiner Sicht eine Grundlage dafür sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

Staudacher warnte davor, die „Mittelmeerunion“ nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen: Er sei überzeugt, „dass Wirtschaft, Handel, Verkehr nicht die Bindkräfte hervorbringen, die ein so heterogener Raum wie der Mittelmeerraum mehr braucht, nämlich Kultur, gemeinsame Erfahrung, Bildung und Werte“. Hier erwarte er sich gerade von Italien wichtige Impulse; dabei müsse auch Süditalien eingebunden werden, um aus seiner Randlage herauszukommen. Zur Migration im Mittelmeerraum meinte Staudacher, hier müsse Europa die „ethical power“ unter Beweis stellen, von der der EU-Außenbeauftragte Javier Solana spreche. Migration sei ein Menschenrecht, und das Phänomen gehe alle Europäer an; „Abwehr allein“ sei „nicht wirksam“ und im übrigen auch „nicht ethisch und nicht christlich“. Staudacher forderte in Anlehnung an ein Herzl-Zitat Mut zu großen Visionen: „Wenn ihr nur wollt, wird die große Mittelmeerunion kein Traum bleiben!“

Der deutsche Europa-Abgeordnete Hans-Gerd **Pöttering** (CDU), bis Juli dieses Jahres Präsident des EU-Parlaments, beleuchtete das Thema Mittelmeer aus politischer Perspektive. Der so genannte „Barcelona-Prozeß“ (seit 1995) habe sich zwar auch kulturell-sozialen Austausch in der Region auf die Fahnen geschrieben, werde aber durch den fortdauernden Nahost-Konflikt belastet; eine „hervorragende Innovation“ stelle hingegen die seit sechs Jahren bestehende Euro-Mediterrane Parlamentarische Versammlung dar, die Pöttering bis März 2009 geleitet hat. An der 2008 auf französische Initiative hin gegründeten Mittelmeerunion (MU) hob der Politiker hervor, dass sie „die ganze EU, nicht nur die Mittelmeer-Anrainerstaaten“ einbezieht; dafür habe sich besonders Deutschland eingesetzt. „Wäre es anders gekommen, hätte das die EU auf längere Sicht sogar spalten können.“ Dass der Mittelmeer-Dialog auf feste institutionelle Füße gestellt worden sei, habe große Bedeutung: „Nichts ist möglich ohne Menschen – nichts ist dauerhaft ohne Institutionen“ (Jean Monnet). Wenn die Mittelmeerunion voraussichtlich im November in Istanbul einen Generalsekretär wähle und erste gemeinsame Projekte („auch im kulturellen Bereich“) auf den Weg bringe, werde

das die Spür- und Sichtbarkeit gemeinsamer Mittelmeer-Politik deutlich erhöhen.

Nachdrücklich betonte Pöttering, dass EU und MU dringend einen Frieden im Nahost-Konflikt bräuchten. Elemente dafür seien die Zwei-Staaten-Lösung, der israelische Siedlungsstopp im Westjordanland, die Einbeziehung Syriens in den Friedensprozeß und eine interne Versöhnung der Palästinenser. Die MU könne für die Europäer auch energiepolitisch wichtig werden, „um im Energiebereich die Abhängigkeit von Russland abzubauen und eine größere Diversifizierung unserer Energiequellen und Rohstoffressourcen, auch geografisch, zu ermöglichen“. Vor allem aber müsse die MU sich um ein „Migrations-Management“ bemühen: „Die neue Berliner Mauer, die das Mittelmeer teilt, muss niedergerissen werden!“ „Wer die Lebenschancen für die Menschen in der ganzen Mittelmeerregion stärkt, der löst das Migrationsproblem und entschärft damit langfristig auch religiös-kulturelle Konflikte“, so Pöttering. Wichtig für den Dialog im Mittelmeerraum sei die Schaffung von Vertrauen – und dass der Norden auch heikle Themen, etwa die Möglichkeit zum Kirchenbau und zur freien Religionsausübung in mehrheitlich islamischen Ländern, deutlich ausspreche. „Es reicht nicht, dafür zu sein – man muss es auch klar sagen!“ Toleranz sei schließlich „keine Einbahnstraße“. Um die MU „mit Leben zu erfüllen“, sei jetzt „politischer Wille nötig“: Er wäre froh, „wenn Italien dabei eine wichtige Rolle übernehmen würde“.

Der frühere italienische Außenminister Gianni **De Michelis**, jetzt Leiter eines „Instituts für die Beziehungen zwischen Italien und den Ländern Afrikas, Lateinamerikas, des Nahen und Fernen Ostens“ (IPALMO), sah im Unterschied zu seinem Vorredner „mehr Schatten als Licht in unseren Beziehungen zur Mittelmeerregion“ in den letzten zwanzig Jahren: „Gerade im Mittelmeerraum und im Nahen Osten wurden uns die politische Irrelevanz und die Unfähigkeit Europas vorgeführt.“ Die entscheidende Frage laute: „Gibt es heute für Europas Mittelmeerpolitik wirklich eine größere Chance als zur Zeit des Kalten Krieges?“ Seine Antwort sei „trotz allem“ ein Ja – und zwar wegen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise. „Diese epochale Systemkrise wird die Welt verändern, und die Umriss der Post-Pittsburgh-Welt werden auch schon langsam sichtbar“, so De Michelis. An die Stelle des „Westens“ trete eine „multipolare Logik“, verkörpert in der neuen G-20; neue „regionale Pole“ und „neue Formen multilateraler *governance*“ entstünden. Für Europa, das sich 500 Jahre lang „im Glauben wiegen durfte, Zentrum der Welt zu sein“, bedeute das zunächst einmal „die Gefahr, aus der Geschichte herauszufallen“. Es habe nur die Wahl, sich gegen den Wandel zu stemmen (was auf längere Sicht allerdings „sogar die nationale Einheit Italiens gefährden“ würde) oder aber „viel mutiger als jetzt auf Mittelmeer-Politik zu setzen“.

De Michelis forderte „eine europäische Integration nicht nur nach Osten und auf dem Balkan, sondern auch nach Süden“. Auch alle anderen „regionalen Pole“ in anderen Weltteilen hätten „einen entwickelten und einen unterentwickelten Teil“, so der italienische Politiker; ein neuer „Pol um Europa herum“ müsse auch „das letzte Kolonialreich“ Russland „irgendwie einbeziehen“, dann hätte es genug Ressourcen und Gewicht, um sich auf der Weltbühne zu behaupten. Die deutsche Einheit vor zwanzig Jahren, die Einführung des Euro, aber auch das neue „Desertec“-Projekt sind aus De Michelis Sicht wichtige Belege für Europas Fähigkeit zu einer solchen globalen Behauptung. Da die derzeitige globale Haupt-Herausforderung der Dialog mit dem Islam sei, habe ein „europäischer Pol“ durch seine Nachbarschaft zum Nahen Osten eine weitere Chance zu bleibender globaler Relevanz. De Michelis rief nach einer Wiederbelebung der deutsch-italienischen Beziehungen, um Europa voranzubringen, und nannte den mittelalterlichen Stauferkaiser Friedrich II. als Vorbild für ein künftiges, über das Mittelmeer blickendes Europa: ein deutscher König, in Italien residierend, arabisch sprechend und um friedliche Beziehungen zur islamischen Welt bemüht.

„Das Mittelmeer – Wiege Europas?“

Nach den Politikern hatten Intellektuelle das Wort: Der Direktor des Italienischen Kultur-

instituts Berlin, Prof. Angelo **Bolaffi**, eröffnete eine Vortragsrunde zum Thema „Mittelmeer – Wiege Europas?“ mit einem Hinweis auf den US-Philosophen dt. Herkunft Leo Strauss (1899-1973), der die Wurzeln Europas in Jerusalem (Bibel) und Athen (griechisches Denken) verortet habe. Das „Mare nostrum“ sei heute leider Ort des „scontro“ (Konflikt), nicht des „incontro“ (Begegnung) und „durch einen neuen Eisernen Vorhang getrennt“: „Der heilige Augustinus könnte heute nicht mehr von Tunesien aus nach Italien reisen, und Paulus hätte ebenfalls nicht Europa erreicht, sondern im Mittelmeer Schiffbruch erlitten.“ Bolaffis Frage: „Lässt sich von unseren gemeinsamen Wurzeln her ein kultureller Dialog eröffnen, der auch eine politische Einigung im Mittelmeerraum mit sich ziehen kann?“

Die ägyptische Diplomatin Hagar **Islambouly**, Leiterin der Außenpolitischen Abteilung der von der UNESCO wiederbegründeten „Biblioteca Alexandrina“, konnte in ihrer Wortmeldung keinen grundlegenden Konflikt zwischen islamischer und christlicher Welt erkennen; schließlich würden auch im Koran Juden und Christen durchaus respektvoll erwähnt. Der Islam bekenne sich zur Toleranz und zum friedlichen Miteinander; allerdings frage sie sich, so Islambouly mit einem Seitenblick auf den Karikaturenstreit von 2006, „warum man in Europa Mohammed kritisieren darf, wo doch gleichzeitig antisemitische Äußerungen in Teilen Europas unter Strafe stehen“. Die MU solle aus ihrer Sicht noch weitere Länder, etwa die Golfstaaten, aufnehmen; wie bei der „Biblioteca Alexandrina“ sollten auch in der MU „alle EU- und dementsprechend auch alle Südländer“ mit im Boot sein. Frau Islambouly hofft, dass die „Biblioteca Alexandrina“ eine „Drehscheibe für einen starken kulturellen Dialog im Mittelmeerraum“ wird, und appellierte an Europa, im Nahostkonflikt eine stärkere Rolle zu übernehmen: „Ihr seid unsere Nachbarn, ihr kennt uns am besten!“

Prof. Giacomo **Marramao** von der Fakultät für Philosophie und Literaturwissenschaften der Universität Roma Tre arbeitete in seinem Vortrag die Pluralität der europäischen Wurzeln heraus, die auch für seine heutige

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

Komplexität bestimmend seien; dazu zitierte er zustimmend Fernand Braudels Diktum „Europa ist nicht eurozentrisch“. Neben den von Bolaffi unter Bezug auf Strauss erwähnten „Gründungsstädten Europas“ Athen und Jerusalem müsse man noch Alexandria und Rom hinzuzählen. Die vier Städte stünden für „vier Arten, Europa zu sein“: Von Athen gingen der Mut zum Denken und zur Ordnung der Zivilgesellschaft aus, von Jerusalem nicht nur der Monotheismus, sondern auch „die Vorstellung von Geschichte“, von Alexandria „die Vorstellung der Bibliothek und gewissermaßen auch des Museums“ und von Rom das Recht. Als heutige Zentralstädte für die europäische Idee führte Marramao Paris, London, Neapel, Berlin und Wien an. Das Mittelmeer sei „Labor einer antiken Phase der Globalisierung“ gewesen, die keineswegs eine „Okzidentalisation“, sondern (festgemacht an Hellenismus und Verbreitung der Koiné-Version des Griechischen) eine „Orientalisierung“ bedeutet habe. Namen wie Maimonides und Ibn Arabi im Andalusien des Mittelalters stünden außerdem dafür, dass die Region schon früh ein „Labor der Toleranz“ gewesen sei.

Nach den pluralen Anfängen könne Europas heutige politische Natur nicht anders denn komplex sein, so Marramao über die EU. Der italienische Politiker und Ex-Ministerpräsident Giuliano Amato habe recht, wenn er die EU mit einem Ufo vergleiche: Keiner wisse, wo es herkomme und woraus es genau bestehe, aber es fliege. Marramao riet unter Anlehnung an Habermas, nicht auf ein homogenes europäisches Volk zu warten, bevor man Europa eine Verfassung geben könne, und fand Italien und Deutschland, die beiden so genannten „verspäteten Nationen“, gut auf die Herausforderungen der Globalisierung (deren „erster Präsident“ gewissermaßen Obama sei) vorbereitet, weil sie in sich „plurizentrisch“, föderal seien. Er stimmte De Michelis zu, dass die wichtigste Herausforderung für Europa „eine Ausweitung seiner Perspektive“ sei: Es habe nicht nur eine West-Ost-, sondern auch eine Nord-Süd-Achse, und die Mittelmeerregion sei – hier bezog er sich auf Claudio Magris – „nicht nur ein Süden, sondern auch ein Osten“. Von einem Mittelmeerdialoog erhofft sich Marramao eine

„Wiederverzauberung“ („re-*incantamento*“) der Politik „weg vom gängigen Zynismus“, hin zu einer Wiedererfindung der „*civitas*“ über die gängigen europäischen Integrationsmodelle (hie republikanisch-assimilatorisch, dort multikulturell) hinaus.

Der Schriftsteller und Kurator Wolfgang **Storch** (Volterra/Berlin) zeichnete ein Panorama lebhaften Kulturaustausches als Voraussetzung dafür, dass sich spezifisch europäisches Denken herausbildete: „Deutschland ist nicht denkbar ohne Italien, Italien nicht ohne Griechenland, Griechenland nicht ohne den Vorderen Orient.“ Die „Weitergabe und Wiedergewinnung“ des im antiken Griechenland Geleisteten sei über Bagdad, Toledo, Florenz und Nürnberg gelaufen. Mit dem „Symposion“, der Darstellung eines Gastmahls mit dazugehörigem Streitgespräch, habe Platon „an die Stelle (geführt), wo sich Philosophie, Kunst und Religion einander eröffnen“; der darin entfaltete Begriff „*poiesis*“ (Machen, Tätigkeit, die etwas hervorbringt, Schöpfung) sei zum „gemeinsamen Zentrum“ der Arbeit der Theologen, Philosophen und Künstler geworden. Den heiligen Franz von Assisi sah Storch als Scharniergestalt zwischen Mittelalter und Renaissance: Der Kenner französischer Kultur sei mit seinen „Performances“, etwa dem Bau der ersten Krippe, zum Vorläufer der „Kunst, die unsere Kultur trägt“, geworden, und seine Vorstellung von der Eucharistie als Stärkung im sozialen Einsatz für den Nächsten stehe in einer Linie mit Platons „Symposion“.

Storch zitierte Novalis mit dem Satz, dass „alle Poesie Übersetzung“ sei: „Poesie als Übergang, als Transition, ein Hinübertragen aus einer Zeit in eine andere“. Dies sei für den Mittelmeerraum auch heute bestimmend: „Jeder kann den Raum finden, in dem er schöpferisch tätig werden kann. Die Künste, die Philosophie und die Religion wechseln sich ab“.

Der Dekan der Fakultät für politische Wissenschaften an der Universität LUISS Guido Carli in Rom, Prof. Sebastiano **Maffettone**, ging davon

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

aus, dass die derzeitige Krise die „Koordinaten der Weltpolitik“ ändert. „Europa muss im Angesicht der Krise neue Chancen suchen“ – da bedeute der Blick auf die andere Seite des Mittelmeers „eine große Gelegenheit“. Auch das Scheitern des Versuchs des früheren US-Präsidenten George W. Bush, Demokratie zu exportieren, bedeute letztlich eine Chance für Europa. International gebe es jetzt „viele Zentren“: „Wir müssen in einem ersten Schritt hören, was die anderen zu sagen haben, in einem zweiten Schritt aber entschlossen einen europäischen Grundwert verteidigen, nämlich die Institutionalisierung der Freiheit“, mit der die Achtung der Menschenrechte und liberal-demokratische Verfassungen zusammenhängen.

Auf andere Stimmen im Mittelmeerraum zu hören, bedeute zum Beispiel eine Beschäftigung mit den Schriftstellern David Grossmann und Adonis. Der Israeli Grossmann stehe dafür, dass „Schreiben Dialog herstellt und das Verschweigen überwindet“ und dass „der Andere kein Objekt und kein Mittel“ sei, sondern „ein Ziel in sich“: „eine sehr europäische Haltung“. Der Araber Adonis hingegen lehre das Verhaftetsein des Menschen in vorgegebenen Kontexten und weise auf die Existenz eines liberalen Islam und einer „neuen Lektüre des Koran“ hin. Mafettes Schlussfolgerung daraus lautete: „Wir müssen die Differenzen wahrnehmen und ernst nehmen, dann können wir auch die institutionalisierte Freiheit als Wert bekräftigen, indem wir zeigen, dass wir sie selbst leben.“ Schon die EU führe in ihrem Innern die „Vereinbarkeit des Unterschiedlichen, ja Gegensätzlichen“ vor.

Der Experte für europäisch-mediterrane Geschichte, Prof. Franco **Rizzi** von der Universität Roma Tre, fragte in einer kurzen Wortmel-

dung, warum es für die Mittelmeerpolitik „ständig neue Formen“ gebe, und gab selbst die Antwort: „Der Barcelona-Prozess hat nicht funktioniert, weil die westlichen Politiker sich nicht um eine echte Partnerschaft bemühten.“ Dasselbe Schicksal drohe bei mangelndem politischem Willen auch der MU.

„Mittelmeer: Der Phoebus Europas? Das Mittelmeer neu denken“

„Mittelmeer: Der Phoebus Europas? Das Mittelmeer neu denken“ – mit diesem Thema beschäftigte sich eine weitere Vortragsrunde. Dr. Eva-Maria **Pföstl** vom „Institut für politische Studien“ der römischen Universität S. Pio V riet in einigen einleitenden Bemerkungen dazu, „nicht alles, was im Mittelmeerraum geschieht, durch die religiöse Brille zu sehen“. Islam sei keineswegs gleichbedeutend mit Terrorismus; nötig sei „mehr Neugier“ auch für im öffentlichen Diskurs weitgehend vernachlässigte Themen wie etwa den islamischen Feminismus (der kürzlich zu deutlichen gesetzlichen Fortschritten in Marokko und Ägypten geführt habe) oder „Spielarten und Räume weiblicher Autonomie“ in traditionell islamischem Umfeld. Pföstl erwähnte, dass nicht alle arabischen Staaten die UNO-Menschenrechtskonvention von 1948 ratifiziert haben; einige legten im Jahr 1991 einen Gegenentwurf vor.

Prof. em. Giuseppe **Galasso**, Mitglied der „Accademia Nazionale dei Lincei“, betonte, dass sich schon um das Jahr 1000 ein euro-mediterranes Bewußtsein herausgebildet habe. Ab 1492 hätten aber die Entdeckung Amerikas „und das Entstehen neuer Europas“ die Bedeutung des Mittelmeerraums relativiert: „Der Nordatlantik und später der Pazifik übertrafen das Mittelmeer an Bedeutung, und der Kanal

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

von Suez erfüllte nicht die in ihn gesetzten Erwartungen auf eine Renaissance des Mittelmeers.“ Der Nahostkonflikt, ethnische Konflikte wie die im früheren Jugoslawien und das Phänomen der Migration hätten weiter zum globalen Bedeutungsverlust der Region beigetragen. Heute sei sie vor allem „Knotenpunkt von Migration und damit zusammenhängenden Dramen“: „Das vorgebliche Meer des Friedens ist in Wirklichkeit ein Meer der Spannungen“. Galasso wies darauf hin, dass der Mittelmeerraum niemals außer unter den Römern eine politische Einheit gewesen sei; „die in der *pax romana* hergestellte Homogenität wurde im Anschluss unwiederbringlich zerstört“. Zur Zeit der Römer sei die Einheit allerdings durchaus auch eine kulturelle gewesen, so dass man das Mittelmeer sogar das „mare internum“ habe nennen können. Die Fliehkräfte des Zerfalls des Römischen Reichs spiegelten sich in der Herausbildung von drei großen Religionen ab; Monotheismus und Heilige Schriften seien „das stärkste überlebende Erbe Roms“.

Eine „Einigung des Mittelmeerraums“ kann nach Galassos Dafürhalten „kein Selbstzweck“ sein; stattdessen gehe es ganz konkret um einen „Prozess zum Frieden, in welchen institutionellen Formen auch immer dieser Prozess stattfindet“. Es gebe „für den Mittelmeerraum kein Szenario welthistorischer Relevanz mehr“, aber „viel Konfliktstoff zu entschärfen“.

Was Galasso damit meinte, wurde in Avi Primors Einlassungen deutlich: Der frühere Botschafter Israels in Deutschland äußerte sich zum Nahostkonflikt. Dabei antwortete er auf De Michelis Frage, was sich denn in den letzten zwanzig Jahren überhaupt verändert habe, mit der auf den Nahen Osten bezogenen Einschätzung, es habe sich sehr Entscheidendes geändert – und zwar

„in den Köpfen der Menschen“. Habe an der Wurzel des Nahostkonflikts noch der Wunsch der arabischen Staaten gestanden, das Überleben eines israelischen Staates zu verhindern, so glaube in den arabischen Ländern mittlerweile eine Mehrheit der Bevölkerung, dass eine Vernichtung Israels nicht mehr realistisch sei. Und auch auf israelischer Seite habe sich viel geändert: „Eine Mehrheit der Bevölkerung ist jetzt überzeugt, dass wir uns von den besetzten Gebieten trennen müssen.“ Wenn also beide Bevölkerungen das Gefühl hätten, „dass es keine Alternative mehr gibt zu einem Zusammenleben“, dann habe sich aus seiner Sicht in Nahost „Gewaltiges verändert“.

Primor gab an, die Friedenspläne und –initiativen, die es für den Nahostkonflikt gebe, seien im wesentlichen „alle gleich“: Jeder wisse also, wie der Konflikt zu lösen sei. Der Grund, warum eine solche Lösung noch nicht in die Tat umgesetzt werde, sei, dass in all diesen Plänen ein aus israelischer Sicht entscheidendes Element fehle, nämlich Sicherheit. Die hätten Ägypten oder Jordanien als staatliche Entitäten bei ihren Friedensschlüssen mit Israel garantieren können; der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas hingegen, „der noch nicht mal seine eigene Sicherheit gewährleisten kann“, sei dazu nicht imstande. Primor erinnerte daran, dass der Rückzug Israels aus Gaza unter dem damaligen Premier Ariel Sharon letztlich zu einem täglichen Raketenbeschuss Israels geführt habe; für viele Israelis sei das ein Zeichen, dass mit den Palästinensern kein Frieden zu schließen sei. Angesichts der vielen Beteuerungen, wie dringend Europa einen Nahostfrieden brauche, frage er sich, so Primor: „Bemüht sich Europa irgendwie, etwas für den Frieden in Nahost zu tun?“ Er warb für eine internationale Friedenstruppe

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

„unter der politischen Verantwortung der EU“, die nach einem Rückzug der israelischen Besatzer aus dem Westjordanland dort für Sicherheit sorgen („aber auch, indem sie schießt, wenn es nötig ist“) und den Palästinensern beim Aufbau staatlicher Strukturen behilflich sein könnte. „Die USA wollen das nicht, sonst hätten sie es schon gemacht – aber die EU könnte es!“ Sein Eindruck sei allerdings, dass die Europäer „Angst davor“ hätten.

Der Leiter des „Instituts für interdisziplinäre Kultur- und Religionsstudien“ an der Päpstlichen Universität Gregoriana, Felix **Körner** SJ, sprach über das Mittelmeer als „Raum des interreligiösen Dialogs“; dabei berichtete er von seiner Lehrtätigkeit an der „Middle East Technical University“ in Ankara vor drei Jahren (die schon nach kurzer Zeit endete, als man ihn der „missionarischen Tätigkeit“ zu verdächtigen begann) und von seiner Arbeit am Institut der Gregoriana. Aus Körners Sicht kann „ein Miteinander der Kulturen“ gelingen, „wenn jemand in seiner eigenen Weltsicht ausreichend gefestigt ist, um Fremdes als Ausweitung bzw. Bereicherung der eigenen Weltsicht zu begreifen“. Der Jesuit unterschied drei Phasen im interreligiösen Gespräch: Wahrnehmung (II. Vatikanisches Konzil), Schaffung eines guten Klimas (Johannes Paul II.) und Wissenschaftlichkeit (Benedikt XVI.). Das Gespräch der Religionen sei „keine Suche nach einem gemeinsamen Nenner, sondern ein gemeinsames Nachdenken über die Gesellschaft“. Man dürfe vom interreligiösen Dialog dementsprechend keine Kompromissformeln erwarten, „sondern die Praxis gegenseitiger Kritik“. Und „statt den Religionen faktische Gleichheit zu unterstellen“, solle die Politik „sich von entschiedenem religiösem Leben inspirieren lassen“. Prof. Antonio **Augenti**, der Präsident der römischen Universität S. Pio V, stimmte Körner in der Ein-

schätzung zu, dass es im Mittelmeer-Dialog nicht um die Suche nach einem gemeinsamen Nenner gehe, sondern um Austausch; im universitären Bereich gelte es, interdisziplinäre Ansätze zu bevorzugen.

Der frühere italienische Botschafter in Deutschland, Prof. Luigi V. **Ferraris**, beschäftigte sich mit der Rolle Italiens im Mittelmeer-Dialog. Das Land sei „zwiegesichtig“, nämlich „europäisch und mediterran zugleich“, und habe von jeher die Tendenz, gute Kontakte zu mediterranen Nachbarn mit der Integration in Europa zu verbinden. Italien habe mit seinem Beitritt zur Nato 1949 und zur EU 1957, mit seinem Eintreten für den Nato-Beitritt Griechenlands und der Türkei sowie für die EU-Erweiterung um Griechenland und Spanien eine „Anbindung“ des für Europas Sicherheit wichtigen Mittelmeerraums erreicht; ohne diese Anbindung hätte die Region während des Kalten Krieges in ähnlicher Weise einen „potentiellen Krisenraum“ darstellen können wie Osteuropa. Ferraris bedauerte, dass Italiens „wichtiger Beitrag von der internationalen öffentlichen Meinung oft ignoriert oder falsch interpretiert“ werde; zu Italiens „Brückenfunktion“ „nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch zwischen West und Ost“ gehörten sein Verständnis für die arabische Welt und die gleichzeitige Verteidigung Israels, sein Bemühen um „ständige Beziehungen“ zum libyschen Staatsoberhaupt Gaddafi und seine „von der Presse meist verschwiegenen“ intensiven (Handels- u. a.) Kontakte zu nordafrikanischen Staaten wie Ägypten oder Algerien – sowie die Tatsache, dass Italien in gewisser Weise schon vor Deutschland eine Ostpolitik begonnen habe.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italien

www.kas.de

Im Nahost-Konflikt setzt sich Italien nach Ferraris Darstellung für eine „großregionale Lösung“ ein, und so wie es schon oft seine Bereitschaft zur Teilnahme an Friedensmissionen unter Beweis gestellt habe, wäre es wohl auch – das war eine Reaktion auf Primors Ausführungen – zur Beteiligung an einer solchen Mission in einem von den israelischen Besatzern geräumten Westjordanland bereit, und zwar „auch kämpfend“. Die Mittelmeerunion sieht der Ex-Botschafter „nicht sehr enthusiastisch“: Sie sei „nur durch Sarkozys große Demagogie“ entstanden. Er wies darauf hin, dass es auch außerhalb dieses Rahmens viele Mittelmeer-Initiativen gebe, etwa die G-8-Initiative für den Nahen Osten („sehr interessant, weil sie Regierungen und Zivilgesellschaft zusammenbringt“) oder eine italienisch-spanische Initiative zur Gründung einer Agentur für Unternehmen in der Region. Ferraris hielt es für ausgeschlossen, dass wirklich schon 2010 die von der MU anvisierte mediterrane Freihandelszone Wirklichkeit werden könnte.

In einer Frage-Antwort-Runde dominierten besorgte Töne: **Körner** beklagte die einseitige „materialwissenschaftliche“ Ausbildung an vielen Universitäten im islamischen Raum, die unbedingt („wie an US-Colleges“) um eine geisteswissenschaftliche Komponente ergänzt werden müsste, und **Galasso** mahnte: „Die anderen Mittelmeerstaaten haben bislang nicht das Gefühl, dass wir Europäer wirklich mediterran sind oder sein wollen.“ Man solle „nicht so tun, als müssten wir nur die andere Seite des Mittelmeerraums entwickeln“ – schließlich gebe es auch auf dem Balkan oder in Süditalien „Jugendliche im Elend, ohne Perspektive“. Das Problem Mittelmeer sei „viel größer und viel komplexer als nur die Beziehung zum Islam“. Man dürfe auch um des Dialogs willen nicht die starken

Spannungen zwischen den Ländern der Region unterschätzen; diese Spannungen seien ja schon zwischen EU-Ländern oft sehr stark.

„Mare nostrum – Meer der Menschenrechte“ – diesem Aspekt galt der letzte Vortrag. Der Sekretär des Päpstlichen Migrantenrates, Erzbischof Agostino **Marchetto**, warnte darin eindringlich vor „Panikmache wegen einer angeblichen Invasion von Einwanderern“ im südlichen Europa. Es sei fatal, wie stark Migration „oft mit Terrorismus assoziiert“ werde: „Nach dem gängigen Klischee“ gelte doch „ein Moslem, ein Farbiger oder ein Schwarzer“ in der EU als „potentielle Gefahr für die europäische Sicherheit“. Es sei „tragisch“, dass Tausende von Bootsflüchtlingen bei der Überfahrt „zum Europa ihrer Träume“ ums Leben kämen. Marchetto erinnerte die Europäer an ihre Standards: Eigentlich dürfe niemand „an einen Staat ausgewiesen oder ausgeliefert werden, wo die ernsthafte Gefahr besteht, dass die Person dort zum Tod verurteilt, gefoltert oder anderen Formen degradierender, unmenschlicher Behandlung unterzogen wird“. Doch die italienische Regierung habe 2003 dafür gesorgt, dass Flüchtlinge aus Sri Lanka, die nach Italien wollten, in ihr Land zurückgebracht wurden, und erst im September 2009 habe „Human Rights Watch“ darauf aufmerksam gemacht, dass die italienische Küstenwache Migranten und Asylbewerber aus Afrika im Mittelmeer „gewaltsam nach Libyen zurückschickt“ – zwar einem bilateralen Abkommen mit der dortigen Führung entsprechend, aber „ohne die Möglichkeit zu prüfen, ob es unter ihnen Flüchtlinge oder in irgendeiner Hinsicht verwundbare Personen gibt“. In Libyen aber, so Marchetto, gebe es Lager, „in denen die Bedingungen von akzeptabel bis zu unmenschlich und entwürdigend schwanken“.

ITALIEN

STEFAN VON KEMPIS

November 2009

www.kas.de/italienwww.kas.de

Marchetto fand auch harte Worte für eine ähnliche Abmachung zwischen Spanien und Marokko: Auch in diesem Fall komme es zu keiner wirklichen Prüfung, ob unter den Zurückgeschickten nicht legitime Asylbewerber seien. Und er kritisierte die Praxis, dass auf europäisches Betreiben immer mehr Bootsflüchtlinge schon, bevor sie in Afrika in See stechen, kontrolliert werden. „Man muss darauf hinweisen, dass es die europäischen Behörden damit oft Tausenden von Menschen unmöglich machen, die Nordküste des Mittelmeers zu erreichen oder auch nur ihr Ursprungs- bzw. Transitland zu verlassen. Das ist schwerwiegend, denn das Recht auf Emigration ist sogar in der UNO-Menschenrechtserklärung von 1948 aufgeführt!“ Das Paradox sei, dass viele europäische Länder Personen, die nicht übers Meer kommen, als Flüchtlinge anerkennen – aber Menschen aus denselben Ländern würden, wenn sie über das Mittelmeer kämen, „abgefangen und wieder nach Afrika geschickt“. „Ich verurteile alle, die sich nicht an das Prinzip des Nicht-Zurückschickens (non-refoulement) halten – es ist eine Grundlage in der Behandlung von Menschen, die vor Verfolgung flüchten“, so der Erzbischof. Und er frage sich: „Wenn man schon in Friedenszeiten nicht imstande ist, dieses grundlegende Prinzip des humanitären Menschenrechts zu respektieren, wie will man denn dann seine Beachtung in Kriegszeiten durchsetzen? Und wie will man dann den Schutz von Zivilisten in kriegerischen Konflikten durchsetzen? Er wird auf diese Weise an der gemeinsamen humanitären Wurzel geschwächt!“

Der KAS-Rom-Leiter **Staudacher** hielt zum Abschluss der Konferenz ein Plädoyer für die vorausschauende Krisenvermeidung als Aufgabe der Politik. Die CDU habe zu lange am Mantra „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ festgehalten, statt frühzeitig für eine „gesamteuropäische Immigrationspolitik“ einzutreten. Das Migrationsproblem, „das nicht nur ein Problem Italiens ist“, werde sich in den nächsten Jahren wegen Versteppung und Klimawandel wohl eher noch verschärfen – dem solle die Politik jetzt vorausschauend Rechnung tragen,

statt Migration „zu einem Sicherheitsproblem hochzureden“.